

TAGUNGEN

Europäisches Gespräch 1963

Wie stehen die Gewerkschaften heute — fast zehn Jahre nach der Errichtung der ersten europäischen Gemeinschaft, der Montanunion, und fünf Jahre nach der Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Integration dieses Kontinents in ihrer kleineuropäischen Form? Will man auf diese Frage eine halbwegs konkrete Antwort erhalten, muß man sie schon an einem Teilproblem durchdiskutieren. Das wurde in dem diesjährigen *Europäischen Gespräch* in Recklinghausen getan, indem man „Die Autonomie der Gewerkschaften in einem integrierten Europa“ zum Gegenstand wählte. Dank der Zusammensetzung des Kreises der Gesprächsteilnehmer war eine Beschränkung auf die sechs europäischen Staaten, die die bereits bestehenden Gemeinschaften bilden, nicht gegeben. Neben Teilnehmern aus Belgien (Pater *Jules de Mey* S. J.), aus Holland (Prof. *J. Pen*, Groningen), Frankreich (*Etienne Hirsch*, Paris) und natürlich aus der Bundesrepublik wa-

ren auch Vertreter aus England (Prof. *Kahn-Freund*, London), den USA (Prof. *Kirchheimer*, New York) und Schweden (Dr. *Rudolf Meidner*, Stockholm) eingeladen; die Entwicklung in Österreich wurde von Prof. Dr. Dr. *Hans Bayer*, Leiter der Sozialakademie Dortmund, dargestellt, der, gebürtiger Österreicher, bis 1956 Professor an der Universität Innsbruck war. Für die europäischen Behörden und Institutionen sprachen *H. G. Buitter* und Dr. *Willi Dörr*, beide Brüssel, aber auch *Etienne Hirsch* als Präsident von EURATOM und *Heinz Kegel*, derzeitiger Präsident des Beratenden Ausschusses bei der Hohen Behörde der EGKS. Mit Heinz Kegel hielt zugleich das Vorstandsmitglied einer Industriegewerkschaft (Bergbau und Energie) Einzug aufs Podium, eine Neuerung und Erweiterung, die nur begrüßt werden kann, da ja — zu Recht — immer wieder moniert wird, daß die Gewerkschaften sich zu sehr aus diesem Gespräch heraushalten.

Eine weitere Neuerung, die man beibehalten sollte, war der ausführliche Bericht, den Prof. *Franz Deus* über das letztjährige Gespräch („Gewerkschaften im Aufbau der Gesellschaft“) gab. Dadurch wurde eine Einord-

nung des diesjährigen Gesprächs in den Zusammenhang früherer Gespräche versucht, die eine Kontinuität dieser Einrichtung sichtbar werden ließ.

Bernhard Tacke, stellvertretender DGB-Vorsitzender, wies in seinen einleitenden Worten darauf hin, daß sich unter den europäischen Gewerkschaften eine Gemeinsamkeit in den Grundfragen nicht als eine Folge verschiedener Integrationsbemühungen eingestellt habe, sondern daß sie bereits früher bestand. »Die Gemeinsamkeit der Grundlagen für die Arbeitnehmer ergibt sich überwiegend aus der Arbeitswelt«, sagte er. „Aus ihr erwachsen die sozialen und wirtschaftlichen, aber auch die kulturellen Probleme, denn es wurde bereits bei dem ersten Europäischen Gespräch festgestellt, ‚der wichtigste und eigenständigste Beitrag der Arbeiterschaft zu einer neuen Kultur kann durch die Befreiung der Arbeiter aus der Umklammerung der drückenden Abhängigkeitsbeziehungen geleistet werden.‘“

Dr. *Raymund Krisam*, Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, versuchte in seinem Referat („Die Beteiligung der Arbeitnehmer an der öffentlichen Gewalt in verschiedenen europäischen Ländern“) die Möglichkeiten herauszuarbeiten, die beratende Organe den Arbeitnehmervertretern an Mitwirkung und Einflußnahme auf politische Entscheidungen eröffnen. Er versuchte aber auch darzustellen, daß diese Organe dank ihrem unbürokratischen Charakter besonders geeignet seien, die Anforderungen an pragmatisches und improvisierendes Denken und Handeln zu erfüllen. Die Integration Europas verlange dies nämlich von den an ihr beteiligten oder beteiligt sein wollenden Gruppen.

Für die verschiedenen Formen, die er mit Beispielen erläuterte (Beiräte, Kammern, gemischte Kammern oder reine Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkammern, Wirtschafts- und Sozialräte, auf regionaler, nationaler und supranationaler Ebene), wurden in der Diskussion Ergänzungen angebracht, die vor allem zugunsten paritätischer Organe lauteten. So äußerte sich Prof. *Pen* befriedigt darüber, daß die Lohnpolitik in Holland endlich von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern allein geregelt werde und sich der Staat, der bisher als dritter Partner beteiligt war, zurückgezogen habe. Auch Pater *de Mey* erwähnte, daß die Paritätischen Ausschüsse, die in Belgien die Löhne aushandeln, am wirksamsten seien; alle anderen Einrichtungen seien z. T. geschaffen worden, um die Mitbestimmungs- und Sozialisierungsforderungen der Arbeitnehmer aufzufangen; sie hätten keinen starken Einfluß.

Das interessanteste Referat des diesjährigen Gesprächs war das von Prof. *Pen* über „Tarifautonomie in einem integrierten Europa“. Er warnte davor, die EWG zu überschätzen. „Die Integration führt zu einem freien Verkehr in

den Wirtschaftszweigen, in denen er für die Konkurrenzverhältnisse kaum einen grundsätzlichen Unterschied bedeutet — und das sind die meisten —, während in den anderen Zweigen die Protektion und der Interventionismus um so kräftiger verteidigt werden.“ Als Beispiele führte er die Landwirtschaft und das Verkehrswesen an. „Das Antlitz Europas“, fuhr er fort, „hat sich in letzten Jahren wirklich geändert — nicht durch die Integration, sondern durch die Zunahme des Wohlstands.“ Diese Wohlstandsmehrung müsse aber allen zugute kommen. „Ein integriertes Europa wird namentlich ein solidarisches Europa sein müssen. Wir werden als Europäer mehr Solidarität mit den Bewohnern Südtaliens aufbringen müssen, als die italienischen Regierungen in der Vergangenheit je aufgebracht haben.“

„Wenn es uns an europäischer Solidarität fehlt“, sagte Prof. *Pen*, „dann bleibt die EWG eine Sache für Eurokraten.“

Die Gewerkschaften, die sich auf eine solche europäische Solidarität einstellen müssen, können zweierlei Charakter haben: „Erstens den einer verhältnismäßig kleinen Gewerkschaft, die in einem Wirtschaftszweig tätig ist, ohne dabei sonderlich auf das zu achten, was in der Gesamtwirtschaft des Landes geschieht, geschweige denn auf dem Euromarkt. Mikropolitik also. Zweitens den einer großen Gewerkschaftszentrale, die sich ihrer makro-ökonomischen Verantwortung im Wohlfahrtsstaate bewußt ist.“ Die Integration ändere nicht notwendig etwas am Charakter beider Typen oder ihrer möglichen Mischformen; eine Verstärkung des makro-ökonomischen Trends in einer Gewerkschaft im Rahmen der Integration werde man jedoch nur in einem Wohlfahrtsstaat von ihr verlangen können.

Die Autonomie der Gewerkschaften, ihre Möglichkeiten zur Manipulierung der Lohnpolitik würden sich durch die Integration eher vermehren, und zwar durch die Unsicherheit über die Folgen oder das Optimum lohnpolitischer Maßnahmen. „In dieser Ungewißheit ... funktioniert die regionale Tarifautonomie.“

Dr. *Meidner* sah in der Konzeption Prof. *Pens* die Gefahr, daß in der Wohlstandsgesellschaft die Gewerkschaften leicht zu einem Instrument der Wirtschaftspolitik degradiert würden. Darauf erwiderte *Roland H. Wiegenstein*, WDR Köln, daß sich die Gewerkschaften ihre Mitwirkung und Verantwortungsübernahme, die eine Einschränkung der Tarifautonomie mit sich brächten, entsprechend mit politischen Rechten honorieren lassen müßten. Dabei sollten sie auch nicht vergessen, von ihren Machtmitteln Gebrauch zu machen.

In seinem Referat „Planung und Wettbewerb“ stellte Prof. *Bruno Gleitze*, WWI Köln, fest, daß beide sowohl als Mittel der Wirt-

Schaftspolitik wie als ihr Inhalt verstanden werden können. Sie hätten aber eine Komplementärfunktion, und ihre Anwendung unterläge wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten und Zielen. Eine konstante Größe sei beider Verhältnis nicht. Und wie steht es mit der Einschränkung der Tarifautonomie in einer geplanten Wirtschaft? „Die Qualifizierung des verfügbaren Arbeitskräftepotentials zur Erzielung eines höchstmöglichen volkswirtschaftlichen Leistungseffektes bedarf eines Bündels von Mitteln hierzu. Zu nennen wäre die uneingeschränkte Freizügigkeit der Arbeit, die bestmögliche Berufsausbildung, der Arbeitsschutz und nicht zuletzt die Steuerung der vielgestaltigen Arbeitsbedingungen. Letztere aber sind das Objekt der gewerkschaftlichen Tarifhoheit.“ Prof. Gleitze befürwortete den Abschluß betriebsnaher Tarifverträge und lehnte jede Koppelung der Lohnquote an starre Größen, wie z. B. die Produktivität, ab. In der Diskussion sagte Bernhard Tacke, daß mit großräumigen Tarifverträgen eine Einschränkung der Tarifautonomie bereits gegeben sei.

In der Schlußdiskussion wurden die verschiedensten Aspekte des Themas beleuchtet, so z. B. die Einengung des Staats- und rechtsfreien Raums, in dem die Gewerkschaften ihre größten Erfolge erzielten. Darauf erwiderte Prof. *Kahn-Freund*, daß die englischen Gewerkschaften aus diesem Grunde sogar einen gesetzlichen Schutz der Tarifverträge und der aus ihnen resultierenden Gesetze abgelehnt hätten.

Abschließend berührte Prof. *Kahn-Freund* eine Seite des diesjährigen Gesprächsthemas, die bis dahin mit keinem Wort behandelt worden war. Im Zusammenhang mit Möglichkeiten zur Hebung der Produktivität wies er darauf hin, daß hier politische Entscheidungen gefällt werden. Wir müßten jedoch bedenken, daß Europa nicht alleinstünde. Jede Diskussion über Prioritäten muß Opfer für China, Afrika usw. berücksichtigen. Ohne die Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes mag dies Recklinghäuser Gespräch zwar sozialpolitisch gewesen sein, aber auch eminent unsozial.

Das Thema dieses Gesprächs von 1963 war nicht sehr publikumswirksam, was nicht heißen soll, daß man es deswegen nicht hätte diskutieren sollen. Es wäre aber notwendig gewesen, gerade deshalb möglichst kontroverse Gesprächsteilnehmer zu verpflichten. Das ist leider nicht geschehen. Es ergaben sich kaum belebende Gegensätze. Auch von der Gesprächsleitung gingen keine Impulse aus — und auch keine Zügelung der zuweilen recht redefreudigen Teilnehmer. Prof. *Guido Fischer*, München, der diesmal dies Amt übernommen hatte, entledigte sich seiner Aufgabe eher wie ein sehr freundlicher und loyaler Buchhalter.

So lief alles ein bißchen auseinander, und die Studenten, die, von der Stiftung Mitbestimmung betreut, stets zur Belebung der Diskussion beitrugen, mußten sich die Antwort auf eine zweimal von ihnen gestellte Frage in einem Privatissimum von *Heinz Kegel* holen. Da sie den Verdacht hatten, die 16 Gesprächspartner auf dem Podium packten das Problem Europa doch mehr von der taktischen Seite an, wollten sie wissen, ob ein Wille zu und eine Vorstellung von Europa bei den Gewerkschaften bestehe. *Heinz Kegel* sagte ihnen dann, daß auf jeder Stufe der Integration von neuem um eine Konzeption gerungen werde. Ihr — der Arbeitnehmervertreter — Bemühen sei es, als Arbeitnehmer in allen Gremien vertreten zu sein, auf die Entscheidung Einfluß zu nehmen und zu verhindern, daß die Gewerkschaften übergangen würden. Zur Erhaltung ihrer Autonomie wären sie auch willens, die Macht ihrer Verbände einzusetzen.

Annemarie Zimmermann

Durch den Filter der Union

Anmerkungen zu einer Tagung

Am 6. und 7. Juli fand in Überhausen die 10. Bundestagung der „Arbeitnehmer-“ oder auch „linker“ Flügel der CDU genannten *Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft* (CSA) statt. Diese Vereinigung, die bereits vor der CDU von den christlichen Gewerkschaftern: *Johannes Albers*, *Karl Arnold*, *Jakob Kaiser* u. a. gegründet wurde, betrachtet sich selbst als das soziale Gewissen der CDU. In der Bundestagsfraktion dieser Partei verfügt sie über etwa ein Fünftel der Abgeordneten, sie hat Einfluß auf die Besetzung der Sozialressorts, soweit es sich um CDU-Verwaltungen oder -Regierungen handelt, und auch im DGB kommen so profilierte Männer wie *Bernhard Tacke*, *Adolf Müller* oder Prof. *Franz Deus* aus ihren Reihen.

Die Haltung der Sozialausschüsse zur Einheitsgewerkschaft war stets positiv, obwohl sie auch den Mitgliedern des Christlichen Gewerkschaftsbundes offenstehen. „Wir wünschen, daß sich alle unsere Freunde und Mitarbeiter gewerkschaftlich organisieren. Wir halten von Trittbrettfahrern nichts“, sagte *Hans Katzer*, den die CSA zu ihrem neuen Bundesvorsitzenden wählte, in seinem Rechenschaftsbericht. „Die Entscheidung, wo sich der einzelne gewerkschaftlich organisiert, bleibt seiner persönlichen Verantwortung überlassen“, fügte er hinzu. Ziel der Sozialausschüsse sei es, »die Mitglieder aller Gewerkschaften für die Politik der Union zu gewinnen“.

Daß nicht nur dies das Ziel ist, sondern auch umgekehrt: die CDU für die Politik der CSA

zu gewinnen, erfuhr man in den zweitägigen Beratungen, aber auch in einigen Erscheinungen am Rande. So hatte *Franz Etzel*, Finanzminister im Kabinett *Adenauer*, zum Zeitpunkt der Bundestagung eine Broschüre verfaßt — sie wurde auch dort verteilt —, in der er gegen Forderungen des hessischen Landessozialausschusses auf eine Umschichtung der Steuerlast zugunsten der kleinen und mittleren Einkommen und der höheren Besteuerung der großen zu Felde zieht. Da die Argumente *Etzels* nicht neu waren, muß der Zeitpunkt ihrer neuerlichen Veröffentlichung wohl als eine Zurechtweisung der Politik der Sozialausschüsse — im Einvernehmen mit einer bestimmten (und einflußreichen) Gruppe in der CDU — aufgefaßt werden.

Das heißt nicht, daß man der CSA in der CDU übel will. Das Schicksal, daß sie ihre Politik „durch den Filter der Union“ gehen lassen muß, wie *Josef Dufhues* in seiner Begrüßung von der Versammlung forderte, teilt sie mit anderen Gruppen in dieser Partei. Dieser Filter bewirkte es dann auch, daß die von den Delegierten angenommene Entschliebung zur Finanz- und Steuerpolitik wesentlich milder ausfiel und recht allgemeine Forderungen den konkreten des hessischen Antrags vorzog.

Neben dieser Entschliebung wurden noch fünf weitere verabschiedet, die in den sechs Arbeitskreisen erarbeitet worden waren und u. a. zur Raumordnung und Wohnungsbaupolitik, zu Fragen der Eigentumsbildung usw. Stellung nahmen. Besondere Aufmerksamkeit konnte die Versammlung für ihre *sozialpolitischen Forderungen* erwarten, da der CSA hierfür das Vorschlagsrecht unbestritten ist. Bekannt ist, daß bereits mehrere Landes- und Kreissozialausschüsse Entschliebungen gefaßt hatten, in denen umfassende Verbesserungen des Sozialpakets gefordert worden waren. Auch nach den der Tagung vorliegenden Anträgen hätte der Entwurf des Sozialpakets weitgehender Umarbeitung unterzogen werden müssen. Dennoch wurde es in der dann angenommenen Entschliebung zur Sozialpolitik als ein unteilbares Gesetzgebungsvorhaben gewertet, dessen Verabschiedung noch in diesem Jahr erfolgen solle. Man bekannte sich — wie nicht anders erwartet — zur arbeitsrechtlichen Lösung der Lohnfortzahlung (für die man eine dem Gesetzentwurf gegenüber allerdings stark reduzierte Kostenbeteiligung in der Krankenversicherung in Kauf zu nehmen willens war), forderte jedoch eine Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze auf 1250 DM. Daß mit einer solchen Forderung das Sozialpaket als Ganzes zerschlagen würde, weil der finanzielle Rahmen für die arbeitsrechtliche Lösung der Lohnfortzahlung wegfiel, ist sicher den Antragstellern nicht unbekannt gewesen. Wollten sie diese Zerschlagung oder haben sie den Antrag in dem Bewußtsein gestellt, daß ihn die Bundestagsfraktion doch

nicht berücksichtigen würde? In der Tat hat sie sich ja wenige Tage später zu einer Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze auf nur 850 DM entschlossen.

Auch der ehemalige Familienminister *Wuermeling* war für seine familienpolitische Konzeption bereit, das Sozialpaket wenn auch nicht auffliegen zu lassen, so doch etwas zu lockern. Da es ja nun deutlich sei, daß das Paket nicht mehr zum 1. Juli in Kraft treten könne, müsse für die Kindergelder eine Übergangsregelung getroffen werden. In der von der Versammlung angenommenen Entschliebung zur Familienpolitik heißt es zu dem Einwand, daß die Deckungsmittel für eine solche Lösung fehlen: Er könne nicht gelten „angesichts der Tatsache, daß notfalls etwa beispielsweise eine steuerliche Mehrbelastung der Zigarette mit nur einem Drittel Pfennig nicht nur die Mehrforderung . . . sondern darüber hinaus noch eine Erhöhung der Einkommensgrenze . . . auf 750 DM decken würde“. Man sieht aus diesen Beispielen, daß die Gesetze des Sozialpaketes wohl doch nicht als so unbedingt zusammengehörig empfunden werden.

Wie wenig sozialpolitisch *Blank* in bezug auf das Gesetzesvorhaben noch denkt, zeigt sein Hinweis, daß an der Kostenbeteiligung das wichtigste die Beitragsrückgewährung sei und diese noch bis 1965 zum Tragen kommen müsse. Mußte man damit nicht seine Forderung verbinden, das Paket noch bis Ende 1963 zu verabschieden? Ein Delegierter wies dann auch auf den Zusammenhang mit den Bundestagswahlen 1965 hin.

Die Entschliebung zur Sozialpolitik enthielt ferner Forderungen zur Verbesserung der Rentenversicherung, des Selbstverwaltungsgesetzes, der Kriegsopferversorgung, des Mutterschutzes, des Betriebsverfassungsgesetzes, zur Verabschiedung eines Berufsausbildungsgesetzes und zur Schaffung eines Arbeitsgesetzbuches.

Interessant sind auch die Beschlüsse zur *Wirtschaftspolitik*. „Der Glaube, daß der freie, vom Staat unbeeinflusste Wirtschaftsablauf zu sozial befriedigenden Ergebnissen führe, ist endgültig dahin“, heißt es in der Entschliebung zur Wirtschaftspolitik. „Vielmehr bekennen wir uns zu einer solchen sozialen Marktwirtschaft, in der eine zielbewußte staatliche Wirtschaftspolitik die Führungsrolle des Ausgleichs der Zielsetzungen und Interessen übernimmt und — wenn nötig durch gezielte Interventionen — das jeweils vom Gemeinwohl der Gesellschaft Geforderte durchsetzt . . . Eine kraftvolle und konsequente staatliche Wettbewerbspolitik hat dafür Sorge zu tragen, daß sich im Wettbewerb die wirtschaftliche Leistung und nicht Markt- und Kapitalmacht durchsetzen.“ Gefordert wurde auch ein wissenschaftliches Institut für Waren-

tests, ein Wirtschafts- und Sozialrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Lage und zur Erarbeitung gemeinsamer Verteilungsvorstellungen, eine paritätische Besetzung der Industrie- und Handelskammern oder die Bildung eigener Arbeiterkammern. „Wir fordern ein konjunkturpolitisches Rahmengesetz“, heißt es weiter, aber auch von der Bundesregierung ein „überzeugendes konjunktur- und wachstumspolitisches Programm . . ., auf das bei einem gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewicht sofort zurückgegriffen werden kann“. Allerdings hatte der Minister, den diese Forderungen angingen, nämlich *Erhard*, es vorgezogen, nicht nach Überhausen zu kommen, sondern auf der CSU-Landesversammlung in München zu sprechen ...

Auch in der Frage der *Parteireform* wurde bereits auf der Tagung sichtbar, daß führende Funktionäre der CDU nicht rückhaltlos hinter den Beschlüssen der Delegierten stehen. So war Dufhues in seiner Begrüßung der Mei-

nung, die Partei habe nur deshalb an Gewicht verloren, weil sie der Öffentlichkeit kein Bild der Geschlossenheit dargeboten und ihre innerparteilichen Differenzen zu sehr in der Öffentlichkeit ausgetragen hätte. Man solle das doch lieber im stillen Kämmerlein besorgen. Dem widersprach *Hans Katzer*, der im Gegensatz dazu erklärte, eine Partei wie die CDU, solle ihre Meinungsverschiedenheiten offen austragen; wenn das ehrlich und in fairer Weise geschehe, wäre das einer Volkspartei durchaus würdig.

Der DGB hat Katzers Wahl und die Beschlüsse der Tagung begrüßt. Und in der Tat: die Entschlüsse zur Sozial- und Familienpolitik, zur Wirtschafts- und Konjunkturpolitik ähneln in vielem den vom DGB gestellten Forderungen; zwar nicht im Grundsätzlichen (da sind die Gegensätze größer, als man im Moment wahrhaben möchte), aber sehr weitgehend in den Einzelheiten.

Annemarie Zimmermann